

EP-FK-4 EP-FK- C – Was Frieden schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat
2 gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine
3 Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und
4 gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt Europäische Union
5 herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund*innen haben wir diese
6 Herausforderung angenommen – und halten stand.

7 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt
8 immer autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung
9 infrage. Chinas Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften
10 vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern
11 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht faire Mitsprache und einen
12 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

13 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam
14 mit den Folgen der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise
15 machen sie einmal mehr deutlich: Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den
16 Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der Welt sicherer zu machen.

17 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es
18 in der Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit und
19 Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat bewiesen: Man kann Frieden lernen,
20 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen
21 Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und mit einer
22 Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten,
23 unsere Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren,
24 Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu
25 verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische und
26 wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot zum
27 Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

28 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
29 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von
30 „Wandel durch Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische
31 Regime wie Russland im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen
32 Bürger*innen handeln, um ihre imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir
33 treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes Europa ein, das nicht
34 abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa, das sich
35 aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
36 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all
37 jene Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und
38 außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor
39 allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt
40 stellt – der oft behauptete Widerspruch ist keiner.

41 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem
42 wertegeleiteten und fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das
43 wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen,
44 die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem
45 Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des
46 Stärkeren.

47 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
48 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den
49 Frieden zu wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen.
50 Die EU muss aktiv um Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben.
51 Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit
52 fördern.

53 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das
54 macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften
55 sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am
56 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und
57 Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns
58 aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in der Außenpolitik umfassend vertreten
59 sind.

60 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,
61 die Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen
62 Industriestaaten haben durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache
63 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral
64 werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand
65 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins
66 Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen
67 für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,
68 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei
69 muss die EU auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen
70 entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen für eine klimagerechte
71 Entwicklung leisten.

72 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
73 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn
74 wir unsere Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben
75 militärische Maßnahmen für uns Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz
76 europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt
77 rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten
78 setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der Notwendigkeit vor,
79 Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von jedem
80 einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik
81 stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten
82 Sicherheitspolitik ist Teil des europäischen Versprechens.

83 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und
84 Hoffnung gibt. Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu
85 behaupten und Teil der europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin
86 mit brutaler Waffengewalt beantwortet worden sein. Aber es lebt fort und
87 beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über die eigenen Grenzen
88 hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen

89 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
90 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und
91 die europäischen Werte erbringt.

92 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt
93 die eigenen Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst
94 die Hand. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

95 **1. Eine europäische Außenpolitik**

96 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

97 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin
98 agieren kann. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die
99 Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von
100 Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die Interessen der großen und der
101 kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen, wollen wir die
102 bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und setzen
103 uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

104 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen
105 die bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die
106 Außen- und Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem
107 europäischen Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst
108 wollen wir stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen,
109 braucht es einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir
110 die Europäische Diplomat*innen Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich
111 EU-Außenpolitik unter Diplom*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen.
112 Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen, Rechtshilfe oder
113 Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

114 **Das Klima global schützen**

115 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie
116 bedroht die Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen
117 Menschen in die Flucht. Sie verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen
118 wie Nahrungsmittel und Wasser.

119 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke
120 europäische Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen
121 steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung
122 des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer
123 Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die
124 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
125 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der
126 Vereinbarung im Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich
127 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz
128 und Anpassung zielgerichtet und im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN
129 in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden. Ein Vorbild dafür sind
130 sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die Bundesregierung
131 gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern

132 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
133 Energiewende. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur
134 Ausgestaltung eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der
135 Klimakrise geschädigten Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

136 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg
137 aus fossilen Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein
138 verbindliches globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine
139 ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur
140 ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für
141 Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich
142 an der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

143 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen
144 Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen,
145 um internationale Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte
146 Klimaclub kann dabei eine zentrale Rolle einnehmen, um internationale Strukturen
147 im Rahmen des Pariser Abkommens zu unterstützen und ambitionierte Ziele für
148 Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum voranzutreiben. Mit der geplanten
149 Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung Deutschland zum
150 Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

151 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine
152 enorme Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des
153 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir
154 steigern das europäische Engagement mit den am stärksten von
155 Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
156 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die
157 biologische Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

158 Global Gateway zum Erfolg bringen

159 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
160 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
161 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das
162 chinesische Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-
163 Strategie wollen wir zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das
164 Partnerländern eine Alternative zur chinesischen Politik anbietet, die durch
165 starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

166 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
167 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz
168 der Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von
169 grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.

170 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
171 substanziellen Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten
172 Kapital die nötigen Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und
173 Verbindlichkeit des Programms weltweit und innerhalb der EU zu verbessern,
174 wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten dafür einrichten. Die
175 EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle
176 Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den
177 Partnerländern nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten.

178 Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie
179 die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Zudem muss die EU-
180 Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei der Auswahl der
181 strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung
182 sicherstellen.

183 Internationale Organisationen stärken

184 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im
185 Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale
186 Staatengemeinschaft in der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl
187 handlungsfähig ist, als eine überragende Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg
188 mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr
189 als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-
190 System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes
191 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu
192 gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz
193 der Weltregionen gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das
194 Vetorecht abzuschaffen.

195 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits
196 begonnen hat, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und
197 Demokratisierung einsetzen, um angemessen auf die heutigen globalen und
198 entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. UN-
199 Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
200 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.
201 Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

202 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der
203 Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der
204 International Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

205 Menschenrechte weltweit verteidigen

206 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
207 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste
208 niedergeschlagen. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und
209 stärken unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und
210 Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir wollen die Fördermöglichkeiten ausbauen
211 und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise
212 Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell
213 stabilisieren und zugänglicher machen.

214 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit
215 und Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der
216 Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung
217 von gezielten Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für
218 schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen
219 beteiligt sind.

220 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,
221 unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum

222 Schutz von Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen.
223 Dabei ist eine geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und
224 marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren
225 Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger*innen
226 wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz
227 bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für
228 Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört etwa,
229 Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
230 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
231 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen
232 Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von
233 Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und
234 unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung
235 fortführen zu können.

236 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

237 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
238 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
239 Menschenrechte. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von
240 Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen.
241 Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht,
242 Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-Resolution 1325 ist der
243 Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei
244 Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen
245 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und
246 Entwicklungspolitik ein, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,
247 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.
248 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung
249 zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU
250 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung
251 sind Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

252 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen
253 der EU deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und
254 Mädchen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die
255 Kapazitäten für Gender und Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

256 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im
257 Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem
258 Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente
259 Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung
260 der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der
261 Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

262 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen
263 feministischer Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig
264 ausrichtet. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85
265 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit
266 beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung von Frauen
267 bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und

268 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-
269 Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

270 2. Eine europäische Sicherheitspolitik

271 Europa gemeinsam verteidigen

272 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich
273 vor Augen geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch
274 militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und
275 der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und
276 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

277 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
278 zusammenarbeiten, desto besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die
279 europäische Verteidigungsfähigkeit sicherstellen, gerade auch als Teil des
280 transatlantischen Bündnisses (NATO). Der strategische Kompass der EU und die
281 Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind dafür maßgebend.

282 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit
283 einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte
284 Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-
285 Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und
286 Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame EU-
287 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum
288 Beispiel bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

289 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
290 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und
291 personell. Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept
292 eingebettet sein, einer kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am
293 Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze
294 sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert
295 werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen
296 Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für Risikoanalyse und
297 Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden, dass die
298 Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

299 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-
300 Mitgliedstaaten zu Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern
301 in großem Maßstab. Unser Ziel ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und
302 Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es finanzieller Anreize und
303 Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen
304 Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit
305 zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht
306 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden
307 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen
308 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich
309 fragil und die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

310 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres
311 Finanzinstrument schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den

312 gesamten militärischen Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung
313 bis hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter
314 strenger und abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der
315 nationalen Parlamente stehen.

316 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission
317 Standardisierung, Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame
318 Einsatzfähigkeit von Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten
319 muss die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO
320 gesichert bleiben.

321 Rüstungsexporte europäisch regulieren

322 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen
323 Waffensystemen schafft mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie
324 auch den Druck, die Waffensysteme an Drittstaaten zu exportieren, und ist somit
325 auch ein Beitrag für eine gemeinsame wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese
326 EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche und restriktive europäische
327 Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts
328 der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und
329 Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen
330 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen
331 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten
332 geben. Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische
333 Endverbleibskontrollen müssen dabei vorgeschrieben werden. Europäische Waffen
334 dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte
335 systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir
336 setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive
337 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten
338 ein.

339 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade
340 in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und
341 Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags
342 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum
343 schrittweisen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu
344 Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine
345 atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von
346 autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
347 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben
348 und Tod trifft.

349 Konflikten vorbeugen

350 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
351 Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel
352 für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU
353 lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung
354 stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang
355 flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der
356 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
357 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

358 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch
359 mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei
360 oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen
361 und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikte
362 vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf
363 Migrationsmanagement lehnen wir ab.

364 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
365 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende
366 staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die
367 menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

368 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären
369 Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle
370 Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der
371 europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen
372 europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die
373 europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf
374 geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten
375 Gruppen zu achten.

376 3. Globale Gerechtigkeit

377 Verlässliche Partnerin sein

378 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die
379 Menschen, die wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort
380 unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit
381 Entwicklungs- und Schwellenländern als Autokratien. Chinas
382 Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu
383 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
384 Ukraine gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen,
385 dass die EU aktiv den Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden
386 aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten Vorgehens mit den
387 Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür
388 stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer
389 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

390 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
391 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür
392 wollen wir die bestehenden Instrumente der europäischen
393 Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern weiterentwickeln.
394 Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in Hochschulen, NGOs
395 oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
396 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,
397 dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus
398 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund
399 direkt durch die EU gefördert werden.

400 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für
401 die Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-
402 Mitgliedstaaten das gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des

403 Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es
404 kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern auch
405 darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die
406 Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen und zur
407 Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser Klimaabkommens
408 beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale
409 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer
410 Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

411 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im
412 entwicklungspolitischen Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den
413 Team-Europe-Ansatz, der in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere
414 sektorübergreifende Koordinierung, Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität
415 anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen, setzen wir uns für
416 sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
417 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament
418 wollen wir in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

419 Ernährung global sichern

420 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten
421 existenzielle Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU
422 muss sich für ein nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem
423 einsetzen und damit zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen.

424 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen
425 Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen
426 politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der
427 europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich
428 tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen
429 Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen, patentiertes
430 Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte
431 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure
432 Abhängigkeiten schaffen. Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr
433 unter Druck. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit
434 traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich
435 bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für striktere Mechanismen zur
436 Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
437 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und
438 Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir beenden.

439 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern
440 muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von
441 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien,
442 Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

443 Globale Verantwortung annehmen

444 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa
445 und ehemaligen Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen
446 Vermögensverteilung, in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder
447 fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich ihrer

448 historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
 449 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür
 450 braucht es eine antirassistische Perspektive.
 451 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen
 452 bei den Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und
 453 Umweltschutzabkommen wollen wir die Menschen- und Landrechte indigener und
 454 lokaler Gemeinschaften besser achten. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit
 455 wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und Zivilgesellschaft im Sinne
 456 einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich evaluieren und
 457 weiterentwickeln.
 458 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise,
 459 die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse
 460 massiv einschränkt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide
 461 Schuldenrestrukturierungen und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder
 462 einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN angesiedeltes, transparentes und
 463 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten unter Einbezug von
 464 privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische
 465 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was
 466 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter
 467 einschränkt.

468 4. Fairer Handel

469 Mit Handel Wohlstand schaffen

470 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann
 471 Wohlstand mehren. Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute
 472 als eine wesentliche Säule trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand
 473 aufgrund der starken Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut
 474 funktionierenden globalen Handel ab. Es ist daher eine politische Aufgabe der
 475 EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch
 476 Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit Standards für
 477 soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte beeinflusst.
 478 Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem
 479 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

480 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,
 481 dass wir Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren
 482 müssen. Eine vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige
 483 Partnerschaften knüpft, liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir
 484 europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Investitionstätigkeiten und
 485 Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

486 Handelsinstrumente neu ausrichten

487 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist
 488 der bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und
 489 eventuelle Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend
 490 reformieren, damit sie dieser Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen
 491 auch gute Arbeitsstandards, Klima- und Umweltschutz, Zugang zu

492 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire Entwicklung in das
493 Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

494 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
495 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir
496 setzen daher verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern
497 wie Australien, Indien, den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen
498 Staatengemeinschaft ASEAN, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel
499 bekennen.

500 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
501 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden.
502 Im Falle eklatanter Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das
503 Pariser Klimaabkommen, sollte die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch
504 machen oder das Abkommen aussetzen. Das kürzlich abgeschlossene
505 Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild für
506 einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

507 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des
508 geistigen Eigentums (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von
509 klimafreundlichen Technologien und wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem
510 Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die Entwicklung der dortigen
511 Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

512 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa
513 indem sie die Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen
514 der EU und in ihren Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern
515 und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität
516 stets mitgedacht werden. Dies erfordert eine Überarbeitung der europäischen
517 Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen, Datenlokalisierung,
518 Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler Binnenmarkt.

519 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor
520 Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat
521 gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen.

522 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
523 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den
524 fairen Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger
525 industrialisierten Staaten einen offenen Dialog anbieten und ihnen in
526 Handelsabkommen eine faire Chance zu einer Industriepolitik mit dem Ziel eigener
527 Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir durch eine stetige
528 Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles erreicht.
529 Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-
530 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von
531 Handelspartnern wehren kann.

532 Im Einklang mit dem Klima handeln

533 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken
534 Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern
535 gemeinsam Standards zu entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie
536 klimaneutralen Stahl entstehen können.

537 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,
538 um eine faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-
539 Emissionshandelssystem zu ergänzen und abzusichern. Dadurch werden Importe von
540 bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement aus Ländern ohne Emissionshandel
541 teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren hergestellt werden. Der CBAM
542 unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie, indem er
543 beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
544 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb
545 sicherstellt.

546 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere
547 klimaschädliche Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige
548 Investitionen setzen. Dies erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für
549 bilaterale EU-Investitionsverträge. Der Ausstieg aus dem klimaschädlichsten
550 Investitionsschutzvertrag der Welt – dem Energiechartavertrag – von Deutschland
551 und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir kämpfen jetzt folgerichtig für
552 einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

553 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem
554 Ziel, die gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

555 Auf faire Partnerschaften setzen

556 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten
557 Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die
558 Gesetze zur Regulierung der europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel,
559 um diese Ziele zu erreichen. Damit übernimmt die EU Verantwortung dafür,
560 weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen.

561 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
562 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes
563 Handelsabkommen angesehen werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von
564 indigenen Völkern und Gemeinschaften vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte
565 schützen.

566 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt.
567 Produkte aus dieser heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt
568 nichts verloren. Das EU-Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit, welches
569 gerade verhandelt wird, muss daher konsequent umgesetzt werden.

570 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir
571 fair gestalten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten
572 Afrikas, der Karibik und des Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und
573 entwicklungsorientierten Handels überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen
574 Vorteile der Least Developed Countries, die es diesen Ländern erlauben, Waren
575 zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu garantieren und den
576 Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

577 5. Mehr EU in Europa

578 Erweiterungsperspektiven

579 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen
580 Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren
581 Wohlstand. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu
582 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen
583 Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen.
584 Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen
585 reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

586 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien
587 der EU, ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*
588 *communautaire*, vollumfänglich übernehmen.

589 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den
590 langwierigen und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die
591 Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden:
592 Allein das Reformtempo in den Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo.
593 Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten
594 gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum Beispiel dem Zugang
595 zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der
596 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
597 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im
598 Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen Korruption und Organisierte
599 Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde
600 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die
601 von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

602 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den
603 Beitrittsstaaten, ihre Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der
604 EU. Auf dem Weg in die EU ist uns eine enge Zusammenarbeit mit allen
605 demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits der Regierungen
606 wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an ausgewählten
607 Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

608 Westbalkanstaaten

609 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,
610 Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

611 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den
612 sensiblen Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans.
613 Dieses Beitrittsversprechen darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der
614 Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für
615 Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige
616 Fortschritte auf dem Weg in die EU.

617 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,
618 Organisierter Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils
619 unzureichender Aufarbeitung der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung
620 wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess intensiv unterstützen. Die

621 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch
622 die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive
623 Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan
624 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
625 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

626 Ukraine

627 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der
628 EU. Millionen Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen
629 russischen Angriffskrieg mutig entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen
630 Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und ihre Kultur auszulöschen, das
631 Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

632 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,
633 finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt.
634 Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre
635 Souveränität und volle territoriale Integrität wiedererlangen und verteidigen
636 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts
637 auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen den
638 Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
639 Sicherheitsgarantien.

640 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide
641 Seiten profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen
642 dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung
643 und eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen
644 Ebene.

645 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau
646 der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen.
647 Dazu bedarf es auch großer finanzieller Anstrengungen und erheblich
648 beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen
649 die russischen Angriffe zu stärken.

650 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die
651 russische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen
652 einschließlich des Verbrechens des Aggressionskriegs aufklären und bestrafen.
653 Ein internationaler Mechanismus soll über die Wiedergutmachung der Sach- und
654 Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und so eine
655 Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus
656 der Ukraine schaffen.

657 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,
658 dass die EU die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter
659 stabilisiert und diese als Zeichen der Solidarität und als Beitrag zur
660 europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den Ausbau alternativer
661 Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
662 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich
663 und trägt zur globalen Ernährungssicherung bei.

664 Georgien und Moldau

665 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem
666 Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands.
667 Diese sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
668 intensiviert worden. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen
669 Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und Georgien auf ihrem Weg in
670 die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür nötigen
671 Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020
672 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
673 unterstützen.

674 Europäische Nachbarschaft

675 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die
676 konstruktiv mit ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

677 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung
678 von Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir
679 intensivieren.

680 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur
681 engeren Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine
682 EU-Mitgliedschaft anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist
683 diese Zusammenarbeit im ausgeprägten europäischen Interesse.

684 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran
685 arbeiten, ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge
686 wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem
687 Königreich ist im beiderseitigen Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte
688 Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa einsteigt.
689 Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung praktische Hürden beim
690 Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den Studierenden-
691 Visa, möglichst rasch abbaut.

692 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen
693 Angriffskrieg gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und
694 Krisenprävention bewahren. Sie kann in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in
695 Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

696 Türkei

697 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine
698 langjährige Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen
699 gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt.
700 Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in der die Rechte aller ihrer
701 Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der europäischen Familie
702 hat.

703 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung
704 hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und
705 Menschenrechten entfernt. Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik
706 richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen europäische Interessen. Die

707 anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
708 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine
709 schwierige Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen
710 Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen
711 die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

712 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin
713 für die NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine
714 aktive GRÜNE Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche
715 über einen EU-Beitritt erst dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg
716 zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

717 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und
718 möglich ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des
719 Klimawandels. Der autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die
720 sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in
721 der EU, gegen Kurd*innen und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-
722 Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir entschieden entgegen. Die
723 türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft
724 entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
725 Folge leisten.

726 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für
727 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die
728 türkische Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt,
729 besonders unterstützt.

730 6. Ein starkes Europa in der Welt

731 Die östliche Nachbarschaft der EU

732 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren
733 Kontinent. Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu
734 einem feindseligen Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU
735 braucht es zielgerichtete Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und
736 Zentralasien, die besonders die veränderten Sicherheitsinteressen unserer
737 Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen wir die demokratischen
738 Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische Einmischung
739 bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

740 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den
741 Protesten rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020
742 unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir
743 werden uns weiterhin solidarisch und mit Nachdruck für die Unterstützung der
744 belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die Freilassung aller
745 politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und für
746 freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

747 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die
748 Unterstützung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer
749 Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen

750 sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass
751 die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

752 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren
753 und bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv
754 unterstützen. Armeniens Weg für mehr politische Teilhabe und persönliche
755 Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um Bergkarabach massiv
756 erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in Bergkarabach als
757 wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und
758 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und
759 dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

760 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.
761 Sicherheit in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit
762 Russland. Gewalt, Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität.
763 Die Zivilgesellschaft wurde mundtot gemacht, die Opposition befindet sich
764 entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin
765 für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir sehen uns als
766 Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
767 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
768 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
769 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
770 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

771 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den
772 russischen Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen
773 schuldig gemacht und muss dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft
774 gezogen werden.

775 Transatlantische Beziehungen

776 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so
777 tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA.
778 Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs
779 maßgeblich zur politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur
780 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

781 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für
782 unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf
783 die Ukraine haben die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die
784 Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der
785 europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist
786 ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte
787 Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen
788 Demokratie.

789 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,
790 Russland und anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir
791 globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern
792 und ausbauen. Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den
793 klimaneutralen Umbau unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir
794 Zukunftstechnologien entwickeln und sie zugleich zum Wohle der Menschen und
795 ihrer Freiheit aktiv gestalten.

796 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und
797 handlungsbereite Partner auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es
798 mehr europäische Anstrengungen, um eigene sicherheits-, verteidigungs- und
799 wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Antiliberale Tendenzen auf
800 beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem die
801 transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden
802 entgegenzutreten.

803 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA
804 gleichzeitig intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt
805 zum einen, die transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu
806 stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten,
807 Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und Diversifizierung heißt zum
808 anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der
809 eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

810 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein
811 geeignetes Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu
812 entwickeln. Einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen
813 wir offen gegenüber, wenn die soziale und ökologische Standardsetzung dabei dem
814 Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

815 China

816 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer
817 Rivale. Durch Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne
818 tritt die Partnerschaft jedoch zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt
819 über die politische Entwicklung in China. Sie trägt zu einer weiteren
820 Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im Innern handelt
821 die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie
822 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen
823 globalen Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit
824 Russland. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der
825 Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten
826 Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung des
827 Verhältnisses zu China ein.

828 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum
829 Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die
830 europäische Wirtschaft dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu
831 bleiben. Ohne eine ambitionierte, eigenständige Industrie- und
832 Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU
833 einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer
834 kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine
835 Absage.

836 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter
837 Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte
838 nach China ab. Noch gibt es in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa,
839 zudem ist der europäische Markt für chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann
840 hier den bestehenden Handlungsspielraum besser und selbstbewusster nutzen, vor
841 allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-,
842 Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer

843 Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in
844 der gesamten EU gewährleistet werden.

845 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments
846 der EU sowie einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich
847 sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser
848 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende
849 Wirkung erzielen.

850 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in
851 der Provinz Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und
852 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen
853 beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer
854 Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum
855 europäischen Markt bekommen.

856 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,
857 dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des
858 militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir
859 betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den
860 wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.

861 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der
862 Entwicklungsländer, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie
863 bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist,
864 mit China zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz,
865 den Schutz der Biodiversität oder den Schutz der Weltmeere. In diesen und
866 weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der
867 Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
868 Kooperation.

869 Naher Osten und Nordafrika

870 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger
871 Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb
872 weitestgehend unerfüllt, und in den vergangenen Jahren haben sich wieder
873 autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir wollen aber trotz der
874 schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die wirtschaftliche
875 Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
876 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der
877 europäischen Nahostpolitik stehen.

878 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der
879 Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine
880 besondere Chance, um Strukturen jenseits der oft staatsdominierten
881 Großunternehmen in der Region zu stärken.

882 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche
883 Partnerin sein für all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche
884 Perspektiven schaffen und Freiheit und Selbstbestimmung voranbringen wollen.
885 Durch die Geschichte von Kolonialismus und jahrzehntelanger Unterstützung
886 autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere Verantwortung.

887 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären
888 Regimen in der Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf
889 Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt
890 autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen.

891 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen
892 Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für
893 Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung
894 eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

895 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische
896 Prinzipien und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir
897 treten dafür ein, dass die EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des
898 Regimes aufrechterhält und erweitert. Die iranische Revolutionsgarde muss
899 rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem muss die EU die
900 demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und politisch
901 verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
902 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich
903 geschlossen werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-
904 Verbreitungsabkommen halten.

905 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
906 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um
907 Deeskalation in der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu
908 Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des
909 Assad-Regimes in Syrien.

910 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug
911 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber
912 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen
913 Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die Taliban nicht als Regierung
914 Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der
915 dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit
916 Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
917 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder
918 ihres Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den
919 konsequenten Schutz und die Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-
920 Verteidiger*innen.

921 Afrika

922 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng
923 verbunden. Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem
924 afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige
925 wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine
926 wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,
927 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten.
928 Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

929 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,
930 die dazu beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral
931 voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die
932 erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den

933 produzierenden Ländern vor Ort und ihrer Nachbarschaft zur Verfügung stehen
934 müssen.

935 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative
936 ein Schritt in Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente
937 und trägt als attraktives europäisches Angebot für die großen
938 Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit von China und Russland
939 bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
940 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
941 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

942 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
943 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen
944 Strukturen geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der
945 Zivilgesellschaft und demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau
946 beitragen. Eine besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen
947 zu.

948 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht
949 gekennzeichnet. Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders
950 stark unter den Folgen der Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische
951 Emissionen verursacht wurde. Im Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen
952 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen
953 werden.

954 Indopazifik

955 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum
956 verschoben. Hier findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und
957 Entwicklung statt.

958 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,
959 Südkorea, Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-
960 Staaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr
961 Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftliche Modernisierung legen und
962 gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte stärken. Auch die
963 tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im indopazifischen Raum sowie
964 einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter ausbauen. Ein Beispiel
965 hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit Japan als
966 erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

967 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer
968 Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen
969 beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und
970 des steigenden Meeresspiegels konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen
971 den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten
972 Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region, zum
973 Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

974 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien
975 an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr
976 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen
977 Indiens neue Bedeutung für die Bereitstellung globaler digitaler Güter an und

978 wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten.
979 Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und
980 Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser
981 Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
982 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung
983 territorialer Konflikte in Grenzregionen ein.

984 Lateinamerika

985 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele
986 auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa
987 natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das
988 wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der
989 Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive
990 Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

991 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter
992 Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in
993 Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie
994 gegen autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür
995 ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für
996 Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*, Frauen und
997 Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive
998 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

999 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in
1000 Lateinamerika. Die Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen
1001 wollen wir eine Intensivierung von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine
1002 Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven
1003 Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss dabei bei
1004 allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1005 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um
1006 seine Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-
1007 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften
1008 können nur dann erfolgreich sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein
1009 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Wir werden das
1010 Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten der Partnerländer
1011 umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare
1012 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1013 werden. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit
1014 einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes
1015 geben. Dadurch stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika
1016 intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte garantiert und das Weltklima
1017 geschützt werden.